

Der Textil-Arbeiter

Schickung und Geschäftsstelle: Berlin D 24, Memeler Str. 8/9
Königsplatz 1008, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphische Adressen: Textilprolet Berlin

Beleggeld ist Ihr nichts — Vereintigt alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Schmidt, Berlin
Memeler Straße 8/9 (Postfach 5388), zu richten. — Ab-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk.
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreispaltige Zeile.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Zollmauern, die Geißel Europas.

Zölle sind Abgaben, welche beim Passieren einer bestimmten Wegstelle erhoben werden. Im engeren Sinne stellen sie eine staatliche Abgabe dar, die von dazu besonders eingesetzten Zollbehörden beim Ueberschreiten der Landesgrenze erhoben werden. Solche Zölle werden auch Grenzzölle genannt. Diese wurden im Gegensatz zu Binnenzöllen bei der Ueberschreitung der Landesgrenze erhoben. Binnenzölle sind heute innerhalb Deutschlands als einheitliches Zollgebiet nicht mehr anzutreffen. Sie werden fast ausschließlich als sogenannte Einfuhrzölle gehandhabt. Die Zölle stellen, da sie eine Verkehrsabgabe sind, eine Form der indirekten Steuer dar. Ursprünglich wurden sie erhoben als Entgelt oder Gebühr für die Benutzung von Chauffeen, Brücken, Hafenanlagen oder auch für das Gewähren von Schutz und Geleit für allerhand Waren und Personen, die zu den Märkten von einem Ort zum anderen wollten. Aus dieser Tatsache heraus erfolgte die Erhebung von Zöllen anfangs auch nicht an der Landesgrenze, sondern im Binnenlande. Die Zollbeamten erfüllten ihre Aufgabe am Stadttor wichtiger Handels- und Verkehrsplätze sowie an den zahlreichen Zollstätten der Hauptverkehrsstraßen. Für die Höhe des Zolles waren lokale und statistische Ermägungen bestimmend, ganz gleich, ob es sich um Einfuhr-, Ausfuhr-, oder Durchfuhrzölle handelte.

Die so gehandhabte Erhebung der Zölle führte schließlich zu der Beobachtung, daß durch die Zollerhebung die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr der Waren eine Erschwerung erfuhr. Die Folge war, daß sich der Warenverkehr stark verringerte, das Warenangebot stark verteuert und den eingefahrenen Gewerben auf diese Weise ein Vorzug gegenüber den von außen kommenden Konkurrenzgewerben geschaffen wurde. Als dann die Zeit des Merkantilismus bei allen Staaten den Wunsch nach Züchtung einheimischer Industrien aufstiegen ließ, war der Abscherrungszoll ein brauchbares Mittel, die anfangs nur fiskalische Einrichtung im Prinzip dem wirtschaftlichen Zwecke dienlich zu machen. Das war die Brücke, auf welcher der Finanzzoll sich zum Hochschutzzoll entwickelte.

Die Hochschutzzollpolitik hat im Laufe der Jahrhunderte die Schicksale aller Völker stark beeinflusst; innen- und außenpolitisch war sie von ausschlaggebender Bedeutung. Mit der Waffe des Hochschutzzolles wurde der Kampf durch Handhabung von Dumpingzöllen um die Weltmärkte geführt. Es ist unzweifelhaft, daß die im Jahre 1902 durch Deutschland gehandhabte Zoll- und Dumpingpolitik viel mit zu der Atmosphäre beigetragen hat, aus der dann der Weltkrieg emporloderte. Hochschutzzollpolitik war noch zu allen Zeiten kriegsgefährlich, aus welchem Grunde die klassenbewusste Arbeiterschaft alle Ursache hat, ihre Interessenvertretungen, das sind die Gewerkschaften, im Kampfe gegen die Hochschutzzollpolitik zu stärken, um dadurch eine vernünftige Ausgestaltung der Handelsbeziehungen mit anderen Ländern herbeizuführen. Bald werden in Deutschland die Kämpfe um die Richtung der Handelspolitik von neuem entbrennen. Im Jahre 1927 soll der endgültige große Zolltarif geschaffen werden. Die jetzt geltende kleine Zolltarifnovelle wird dann außer Funktion gesetzt. Für Textilwaren ist der kleine Zolltarif am 1. Oktober 1925 in Kraft getreten. Mit diesem Zeitpunkt traten sämtliche Aus- und Einfuhrbeschränkungen, die für Textilwaren noch bestanden, außer Kraft. Die bis dahin bestandene Außenhandelsstelle für Textilwirtschaft wurde aufgehoben, weil nunmehr für die Regelung der Außenhandelskontrolle gültige Handelsverträge abgeschlossen werden konnten. Einer für die Textilarbeiterschaft wichtigen Anregung, beim Reichswirtschaftsministerium eine paritätisch aus Vertretern aller beteiligten Wirtschaftsgruppen zusammengesetzte Gutachterstelle zu schaffen, die Sachverständigenurteile und Entscheidungen in handelspolitischen Fragen erlassen sollte, wurde seitens der Unternehmerorganisationen und Regierungsstellen nicht entsprochen.

Die kleine Zolltarifnovelle hat im allgemeinen für Textilien eine Verdoppelung der Vorkriegszölle gebracht. Die schematische Erhöhung der Zollsätze um rund 100 Proz. sichert den Spinnereien und teilweise auch den Webereien Uebergewinne auf Kosten sowohl des letzten Produzenten und des Handels wie auch des Verbrauchers. Nach einer Berechnung der „Textilzeitung“ vom 10. Februar 1926 sind belastet:

Baumwollgewebe	15—35	Proz. des Wertes
Wollgewebe	15—40	„
Crêpe de Chine	25—35	„
Waffseide (Schappe)	40—60	„
Spinnen	40—50	„
Stiderei	35—50	„

Die Verteuerung an fertiger Kleidung durch Zölle wirkt sich wie folgt aus für:

Baumwollwaren	20—40	Proz. des Wertes
Damenwäsche	15	„
Herrnwäsche	15	„
Damenwäsche aus Wolle	10—25	„
Herrnanzüge	10—25	„
Crêpe-de-Chine-Kleider	20—25	„
Waffseidene Kleider	25—35	„

Die obigen Angaben lassen erkennen, daß z. B. für die stärkste Branche in der Textilindustrie, für die Baumwoll-erzeugung, der Zollschutz im Mittel 25 Proz. des Wertes ausmacht. Der Wert der Jahreserzeugung der deutschen Baumwollindustrie kann auf 3171 Millionen Mark geschätzt werden. Die Baumwollindustrie hat somit 25 Proz. von 3171 Millionen oder rund 793 Millionen Mark als Uebergewinn auf Kosten des arbeitenden Volkes für sich gesichert. Es kann zugegeben

werden, daß die Höhe der Mehrbelastung der deutschen Produktion durch in der Nachkriegszeit herbeigeführte höhere steuerliche, soziale und sonstige Mehrbelastungen auf 10 Proz. des Gesamtproduktionswertes zu veranschlagen ist, so daß immer noch 15 Proz. Uebergewinn für die deutsche Baumwollindustrie oder rund 476 Millionen Mark für sie als Uebergewinn verbleiben. Der Gesamtwert der Textilproduktion in Deutschland wird auf 6,5 Milliarden Mark geschätzt, so daß die gesamte deutsche Textilindustrie auf Kosten des Volkes jährlich rund eine Milliarde Mark für sich in Sicherheit bringt. Es ist außer allem Zweifel, daß dieser Betrag auf dem Warenpreis liegt und in übergebührlicher Weise auf die Kaufkraft des deutschen Volkes drückt. Die nötige breite Grundlage des deutschen Innenmarktes erfährt dadurch zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft und zum Nachteil der Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt eine starke Schwächung.

Die von der „Textil-Zeitung“ vorgenommene Berechnung über Verteuerungen verschiedener Textilwaren durch die Zölle finden ihre beste Bestätigung durch Ausfuhrungen, die das Ausland über die in neuerer Zeit durch Deutschland festgesetzten Zölle macht. Wie der „Manchester Guardian“ ausführt, wird sich die Verteuerung der englischen Stidwaren, die nach Deutschland importiert werden, als Folge der heutigen Zollsätze in nachstehender Weise auswirken.

Warengattung	Garn	Gewicht pro 100 g in Gramm	Gewicht pro 1 m lang 80 cm breit in Gramm		Fabrikpreis pro 1 m lang 80 cm breit in Pf.		Verteuerung durch die neuen deutschen Zölle pro 1 m lang 80 cm breit in Pf.	
			alt	neu	alt	neu	in Pf.	in Proz.
Kaliko grau	26 1/2	95	75	45	7,6	17		
Kaliko grau	30	100	80	55	8	15		
Kaliko grau	31 1/2	104	90	58	9	16		
Kaliko grau	35	113	90	66	14	21		
Kaliko gebleicht	26 1/2	98	78	55	11	20		
Kaliko gebleicht	30	102	82	65	11,6	18		
Kaliko gebleicht	31 1/2	106	86	66	12	18		
Kaliko gebleicht	35	115	92	77	16,6	22		
Twill grau	27	120	96	62	9,6	15 1/2		
Twill gebleicht	27	115	90	70	12,6	18		
Twill gebleicht	31 1/2	125	100	86	14	16		
Cretonne gebleicht	21	160	125	48	12,6	26 1/2		
Cretonne gebleicht	21	150	120	58	16,8	29		
Cretonne gebleicht	21	150	120	58	16,8	29		
Namie gebleicht	36	120	110	85	20	24		
Satin bedruckt	38	109	87,5	90	21,4	24		

Auf Grund der eingetretenen handels- und wirtschaftspolitischen Situation haben die neuen deutschen Zölle nur Zustimmung bei der „Textilschwerindustrie“ wie die Spinner und Weber neuerlich genannt werden, gefunden. Trotz der durch die Zölle eingetretenen Krise machen sich heute bereits wieder in den ersten Kreisen der Produzenten Bestrebungen nach noch weiterer Erhöhung der deutschen Zollsätze geltend.

Ohne Zweifel greift das Ausland ausnahmslos zu Ausbalancierungsmassnahmen gegenüber der deutschen Hochschutzzollpolitik. Die bekannte Schraube ohne Ende wird in nachhaltigster Form weiterhin zum Schaden der europäischen Wirtschaft gehandhabt. Es vergeht keine Woche, in der keine Zolltarifentscheidungen, -erhöhungen, -änderungen, neue Bestimmungen usw. vorgenommen werden. Aufz Geratewohl irgendeine Nummer aus der Fülle der Wirtschaftszeitschriften herausgegriffen beweist überzeugend, wie produktiv die europäischen Staaten bei der Handhabung der Zollgesetzgebung sich betätigen. Professor Dr. Oppenheimer hat wahllos eine Nummer der Zeitschrift „Die Chemische Industrie“ herausgegriffen und dort folgende Antidundigungen gefunden: „Großbritannien: Einfuhrverbot für tierische Produkte; nochmalige Prüfung und Entscheidung über eine höchst verzwickte Streitfrage bei der Berechnung von Wertzöllen. — Frankreich: Entscheidung und Rückerstattung von Zöllen. Belgien: Abänderung der Zölle für fünf Positionen mit einigen Interpositionen. — Tschechoslowakei: Entwurf eines neuen Zollgesetzes. — Danzig-Polen: Bevorstehende Einführung von Goldzöllen, „Erläuterungen“ und Ergänzungen zu rund 25 (!) verschiedenen Positionen mit allerlei Unterpositionen und Beziehung auf noch ein Duzend weitere Positionen; mit haarspaltenden Angaben über die seltsamsten Dinge (ein Studium für eine Woche und Quelle von Mergel und Verfehlungen für ein paar Monate). — Ungarn: Eben dasselbe nur für acht Positionen, aber u. a. enthaltend den hoffnungslosen Versuch, eine Unterscheidung zwischen „Königlichem Wasser“ und „Toilettenwasser“ tarifmäßig festzulegen. — Lettland: Vier Positionen geändert oder neu definiert. Zollbefreiung für acht Positionen im allgemeinen und sechs weitere speziell für eine einzelne privilegierte Gesellschaft. — Estland bringt nur eine neue Liste verbotener Arzneimittel und ein Ausfuhrverbot für Narcotica. — Jugoslawien: Erhöhung des Lagergeldes, Zollrückerstattung. — Türkei: Neue Bestimmungen über Ursprungszeugnisse. — Spanien: Neue Stempelsteuern für Zollurkunden. Gutachten der Industriekammer über drei Warengattungen. Vier neue Zolltarifentscheidungen über vier in weitesten Kreisen unbekannt Spezialseifen und Holzschuß-Anstrichmassen.“

Der europäische Handel hat gegenüber den anderen Erdteilen stark verloren. Gewaltige industrielle Fortschritte hat die gesamte überseeische Welt zu verzeichnen. Diese Ent-

wicklung wird leider noch nicht überall klar erkannt. Die Arbeiterschaft hat deshalb alle Ursache, ihre Organisationskraft zu stärken, in denen nur allein das Wissen und die Mittel aufgespeichert sind, um der verhängnisvollen Entwicklung auf handels- und sozialpolitischem Gebiet entgegenzuwirken und eine Handelspolitik anzustreben, die das Interesse der breiten Volksschichten entspricht. Die Organisationen der Arbeiterschaft müssen gestärkt werden, damit sie einen entsprechend starken Druck auf die Regierungen ausüben vermögen, damit der Errichtung von Zollschranken endlich ein Ziel gesetzt wird. Diese Organisationen der Arbeiterschaft müssen in der vordersten Reihe des Kampfes ein geschlossenes europäisches Wirtschaftsgebiet stehen. Stärker der Druck der Arbeiterschaft ist, mit um so größerem Erfolge werden die Bestrebungen, ein geeintes Europa an die Stelle der Vielstaaterei zu setzen, gefördert werden können. Ein in sich geeintes Europa wird die Möglichkeit besitzen, entgegen den riesenhaften natürlichen Wirtschaftskräften in Amerika und Asien sich zu behaupten und die Lebensmöglichkeiten seiner Völker sicherzustellen. P. S.

Die Gewerkschaften und die Dresdener Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Die Reden, die von hervorragenden Vertretern des deutschen Unternehmertums in Dresden gehalten worden sind, haben den „Vorwärts“ veranlaßt, dem Vorsitzenden des UDB, Theodor Leppart eine Reihe von Fragen vorzulegen. Leppart hat in seinen Antworten die programmatischen Erklärungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie einer Prüfung unterzogen und die Stellungnahme der Gewerkschaften zu den auf der Dresdener Tagung aufgeworfenen Fragen präzisert:

Frage: Wie beurteilen Sie grundsätzlich die Haltung der Arbeitgeber? Glauben Sie insbesondere, daß ihr Bekenntnis zur Republik und die Anerkennung der Arbeiterrechte im Staate nur in tatsächlicher Schachzug oder Ausdruck einer inneren Ueberzeugung ist?

Antwort: Nach meiner Kenntnis der führenden Personen im Reichsverband der Deutschen Industrie glaube ich nicht, daß ihr Bekenntnis zur Republik nur ein tatsächlicher Schachzug ist. Herr Silberberg hat in seiner Rede mehrfach betont, daß sich bei den Unternehmern eine „Wandlung der Geister“ vollzogen habe und daß sie die feste Einstellung zum jetzigen Staat „nach schweren inneren Kämpfen“ gewonnen hätten. Ob diese Wandlung schon vollständig abgeschlossen ist, weiß ich freilich nicht. Aber ich glaube doch, daß die Erklärungen, die Herr Silberberg im Austrage des Gesamtverbandes der Industriellen in Dresden abgegeben hat, der Ausdruck einer inneren Ueberzeugung sind. Daß diese Ueberzeugung von der Einsicht in die vorhandenen Machtverhältnisse eingeleitet ist, scheint mir allerdings nicht zweifelhaft. Der Einfluß der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft ist zu stark geworden, als daß die Unternehmer ihn noch leugnen oder gar wieder beseitigen könnten. Ebenso ist die deutsche Republik schon so lange gefestigt, daß man wirklich auch von den Unternehmern ihre Anerkennung endlich erwarten dürfte. Silberberg hat aber, was nicht übersehen werden darf, durch seinen Hinweis auf die jetzigen Bestimmungen der Reichsverfassung, die ihre „Änderung in manchen gewaltig oder ungewollt unklaren Punkten vorsehen“, einen Vorbehalt gemacht. Was damit gemeint ist, machte Silberberg durch seinen nächsten Satz etwas deutlicher, in dem er von demjenigen Vordisgner der Republik sprach, „die in der Verfassung heute noch vornehmlich ein Instrument wirtschaftsrevolutionärer Ziele sehen“. Also Änderung der Verfassung, und zwar vielleicht auch des Artikels 163, der die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiter in der Organisation der Wirtschaft verspricht? Erblickt das Unternehmertum in dieser Mitwirkung der Arbeiterschaft und in dem Verlangen der Gewerkschaften nach paritätischer Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftskammern diese wirtschaftsrevolutionären Ziele? Eine klare Antwort hierauf wäre für die Gewerkschaften von größter Bedeutung. Dem ich finde es sehr auffällig, daß keiner der Redner in Dresden auf die Frage der Mitbestimmung der Arbeiter in der Wirtschaft auch nur mit einem Worte eingegangen ist.

Auf der vorjährigen Tagung des Reichsverbandes in Köln habe Geheimrat Kahl den Gewerkschaften den Vorwurf gemacht, daß sie „sich nicht organisch eingliedern in die volkswirtschaftlichen Gesamtziele“, sondern sich „erschöpfen in Bestrebungen zur Erhöhung der Einkommen und zur Verminderung der Arbeitszeit“. Von den Unternehmern aber sagte er, daß sie „heute weit mehr Organe der Gesellschaft“ seien, ihre Führer müßten „gesellschaftlichen Blick“ haben, wenn sie nicht an der Verfolgung reiner Eigeninteressen scheitern wollten.

Wenigstens wie Herr Kahl in Köln hatte schon die Vereinerung der deutschen Arbeitgeberverbände in dem Geschäftsbericht für das Jahr 1924 den Gewerkschaften vorgeworfen, daß sie die nach der Währungsstabilisierung notwendig gewordene „Umstellung auf die Probleme der Produktion“ nicht vollzogen hätten und daß sie deswegen aus dem organischen Zusammenhange des Volkslebens und der Wirtschaft herausgefallen seien. Die Gewerkschaften haben diese Vorhaltungen natürlich als völlig unbegründet zurückweisen müssen. Denn sie haben es genug bewiesen, daß sie mit beiden Füßen in der Wirtschaft stehen. Wir haben uns im letzten Herbst auf dem Gewerkschaftsforsach in Breslau sehr eingehend mit den Fragen der Wirtschaft befaßt und mit aller Bestimmtheit die Wirtschaft demokratisiert gefordert. Die Gewerkschaften verlangen also, in die Volkswirtschaft organisch eingegliedert zu werden, und in der gesamten Gewerkschaftsbewegung wird diese Forderung seit langen Monaten eifrig erörtert. Der Reichsverband der Industrie hat hiervon auf seiner Tagung keinerlei Notiz genommen. Die Unternehmern sollen aber nicht glauben, daß diese einmütige Forderung der Gewerkschaften aller Richtungen etwa durch Lockschweigen abgetan werden könnte.

Frage: Stimmt die Haltung der Unternehmer überein mit ihrer Stellung zu den sozial- und lohnpolitischen Forderungen der Arbeiter? Ist die Annahme berechtigt, daß die Auffassung des Generaldirektors Silberberg sich mit der Anschauung und Politik der deutschen Arbeitgeberverbände und ihres Vorsitzenden Herrn v. Borfig deckt?

Antwort: Ueber die sozial- und lohnpolitischen Forderungen der Gewerkschaften hat Herr Silberberg sich in Dresden überhaupt nicht geäußert. Dagegen hat Herr Kastl in seiner Rede die Frage des Lohnes und der Arbeitszeit behandelt, und zwar in der gleichen Art, wie wir es von der Vereinigung und ihrem Vorstehenden Herrn v. Borff auch gewohnt sind. Nicht durch Lohnherabsetzungen, sondern nur durch höhere Leistungen und hierdurch ermöglichte Verbilligung der Arbeitsprodukte könne eine Stärkung erzielt werden. „Wir wollen durch eine Erhöhung der Leistungen auf der Grundlage der Werks-gemeinschaft zu höheren Reallohnen gelangen, und wir lehnen die schematische Anwendung des Tariffsystems ab, weil usw.“

Schon auf der vorjährigen Tagung des Reichsverbandes hatte Herr Kastl sich gegen die angebliche schematische Anwendung des Tariffsystems gewendet, womit er die „Gleichförmigkeit und Nivelierung der Löhne“ treffen wollte. Er verlangte die Abstufung der Löhne nach der Leistung des einzelnen, gefand aber im vorigen Jahre zu, daß es innerhalb dieser Begrenzung nützlich sei, wenn hohe Reallohne gezahlt würden und „damit die Kaufkraft aller Volksschichten gehoben“ werde.

Ich finde also, daß Herr Kastl sich voriges Jahr in Köln entgegenkommender geäußert hat als jetzt in Dresden. Seine jegliche Empfehlung der Werks-gemeinschaft können wir doch nicht etwa als ein Entgegenkommen an die Gewerkschaften auffassen, da jedermann weiß, daß der Gedanke der Werks-gemeinschaft direkt im Gegensatz zu den Gewerkschaften steht.

Einen Fortschritt erblicke ich dagegen in der diesjährigen Stellungnahme des Reichsverbandes zum Achtstundentag. Noch in seiner bekanntem Denkschrift vom Dezember 1925 hatte der Reichsverband die Forderung aufgestellt, daß die Gesetzgebung „sich jedes schematischen Eingriffs zu enthalten habe, daß die „betriebliche Regelung“ im Einvernehmen mit der Belegschaft nicht durch Tarifzwang gehemmt werden dürfe und daß eine „internationale Schematisierung“ der Arbeitszeit, wie sie durch das Washingtoner Abkommen erstritten wurde, für die deutsche Wirtschaft „selbstverständlich nicht in Betracht kommen kann“. Diesen Standpunkt hat auch die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände bisher stets vertreten.

Demgegenüber beschränkt sich die neue Entschliessung, die der Reichsverband jetzt auf seiner Dresdener Tagung gefaßt hat, auf eine Warnung „vor verfrühten Bindungen auf dem Gebiete der Arbeitszeit“. Es wird also nicht mehr die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens überhaupt abgelehnt, sondern nur vor einer „vorzeitigen Verabschiedung“ des geplanten Arbeitsschutzgesetzes gewarnt.

Dementsprechend gebrauchte Geheimrat Kastl in seiner Dresdener Rede auch die Wendung: „Die Anwendung des Achtstundentages darf nicht schematisch sein und muß sich dem Grundsatz der Bemessung des Lohnes nach der Leistung anpassen.“ Herr Kastl rechnet also schon mit dem Achtstundentag und gebraucht nur noch einmal das alte und oft genug wiederholte Schlagwort von der schematischen Anwendung. Aber er fügte dann unmittelbar noch hinzu: „Die betriebliche Regelung der Arbeitszeit im Einvernehmen mit der Belegschaft darf durch öffentlichen Zwang weder unterbunden noch gehemmt werden.“ Dieser Satz scheint mir entscheidend zu sein. Er feht die in der Entschliessung ausgesprochene Zustimmung zu der in einer späteren Zeit erfolgenden Ratifizierung des Washingtoner Abkommens wieder völlig auf. Denn wenn mit der Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes der gesetzliche Achtstundentag wieder eingeführt ist, bleibt für eine betriebliche Regelung der Arbeitszeit im Sinne des Herrn Kastl selbstverständlich kein Raum mehr.

Frage: Liegen Anzeichen dafür vor, daß die Unternehmer bei Arbeitsfreistellungen aus der kundgegebenen Sinneseänderung praktische Konsequenzen ziehen? In welchen Punkten ist eine Annäherung der Unternehmer an den gewerkschaftlichen Standpunkt festzustellen?

Antwort: Aus der neueren Zeit vermag ich solche Anzeichen nicht anzuführen. In der Lohnfrage wird der an sich natürliche Gegensatz zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften auch wohl immer bestehen bleiben. Ebenso scheinen die Unternehmer ihre Stellung zur allgemeinen Sozialpolitik vorläufig nicht ändern zu wollen, wie die Dresdener Tagung weiter gezeigt hat.

Herr Silberberg hat große Klagen darüber geführt, daß Deutschland zu einem „Fürsorgestaat“ zu werden drohe. Auch Herr Kastl meinte, der Staat dürfe nicht immer mehr zu einer reinen „Versorgungsanstalt“ werden. Selbst Herr Duisberg erhob den Vorwurf, daß durch die Häufung der sozialpolitischen Gesetze „die schon weil geschwächte Selbstständigkeit und Selbstverantwortlichkeit des einzelnen immer mehr untergraben“ werde.

Die Unternehmer vertreten also die Ansicht, daß die soziale Fürsorge einen moralisch wie volkswirtschaftlich gleich bedenklichen Einfluß auf Arbeitseifer, Sparsinn und rationelle Lebensweise der breiten Massen ausübe. Natürlich ist diese Ansicht falsch. Es ist bezeichnend, daß irgendwelche Beweisgründe für die aufgestellte Behauptung von keinem Redner in Dresden vorgebracht worden sind. In den sozialpolitischen Auffassungen bestehen also die Gegensätze ungefährlich fort. Ebenso natürlich auch in den grundsätzlichen Wirtschaftsfragen, auf die ich bereits hingewiesen habe.

Frage: Wird an die Wiederaufrichtung der Zentralarbeits-gemeinschaft gedacht?

Antwort: Für die Gewerkschaften muß ich diese Frage verneinen. Ich glaube aber auch nicht, daß dieser Gedanke bei den Unternehmern vorhanden ist.

Frage: Glauben die Gewerkschaften an die Möglichkeit, daß bei Zusammenhorst in einer großen Koalition die sozialen, steuerlichen und wirtschaftlichen Ansprüche der Arbeiterschaft mit größerer Aussicht auf Erfolg sichergestellt werden oder nicht? Liegt die Wahrung der Arbeiterinteressen besser in den Händen einer Opposition?

Antwort: Ich verrate kein Geheimnis mehr, wenn ich auf diese Frage offen erkläre, daß die verantwortlichen Führer der Gewerkschaften in ihrer übergroßen Mehrheit für die praktische Mitarbeit in der Regierung sind. Wir haben die Überzeugung, daß es möglich ist, die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft durch Beteiligung an der Regierung und direkte Einflußnahme auf die Regierungsmaßnahmen erfolgreicher wahrzunehmen als durch Beharrung in der Opposition. Die Entscheidung über diese Frage hat jedoch die Sozialdemokratische Partei zu treffen.

Frage: Kam es für die Arbeiterschaft eine Unterwerfung unter die Führung des Unternehmertums geben, wie sie Silberberg gefordert hat?

Antwort: Davon kann natürlich keine Rede sein. Ich halte die Wendung in der Rede Silberbergs auch für durchaus unlosig. Denn wenn er, wie er es mit so großer Entschiedenheit ausgedrückt hat, die politische Mitarbeit und Mitverantwortung der Sozialdemokratischen Partei anstrebt, kann er unmöglich im Ernst gemeint haben, daß wir uns der Führung des Unternehmertums unterstellen sollen. Denn von einer Mitverantwortung könnte ja in diesem Falle nicht gesprochen werden.

Frage: Wie stellen sich die Gewerkschaften zu dem geforderten Verzicht auf den Klassenkampf, auf gemeinschaftliche Bestrebungen und auf sozialpolitischer Fortschritt?

Antwort: Wir lehnen natürlich jeden solchen Verzicht ab. Der gegenwärtige Kampf der Klassen ist eine ganz natürliche Erscheinung in der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation und wird von den Unternehmern ebenso wie von den Arbeitern geführt. Er hat für uns natürlich mit Klassenkampf nichts zu tun. — Was die gemeinschaftlichen Bestrebungen anbelangt, so finde ich, daß ihr Fortschritt auf zahlreichen Gebieten unmerkbar ist, und ich glaube auch nicht, daß dieser Fortschritt aufgehoben werden kann. Die Gewerkschaften werden nicht nachlassen, die Entwicklung zur Gemeinwirtschaft mit aller Kräfte zu fördern. — Lieber die Notwendigkeit weiteren sozialpolitischen Fortschritts besteht in den Gewerkschaften zentraler Meinungsverschiedenheit. Sie werden auch nicht davon ablassen, mit der weiteren Erstarrung ihrer Kräfte die Sozialpolitik weiter vorwärts zu treiben.

Die Organisation des Textilkapitals.

Der Hammerkn-Konzern.

Von A. Kernchen.

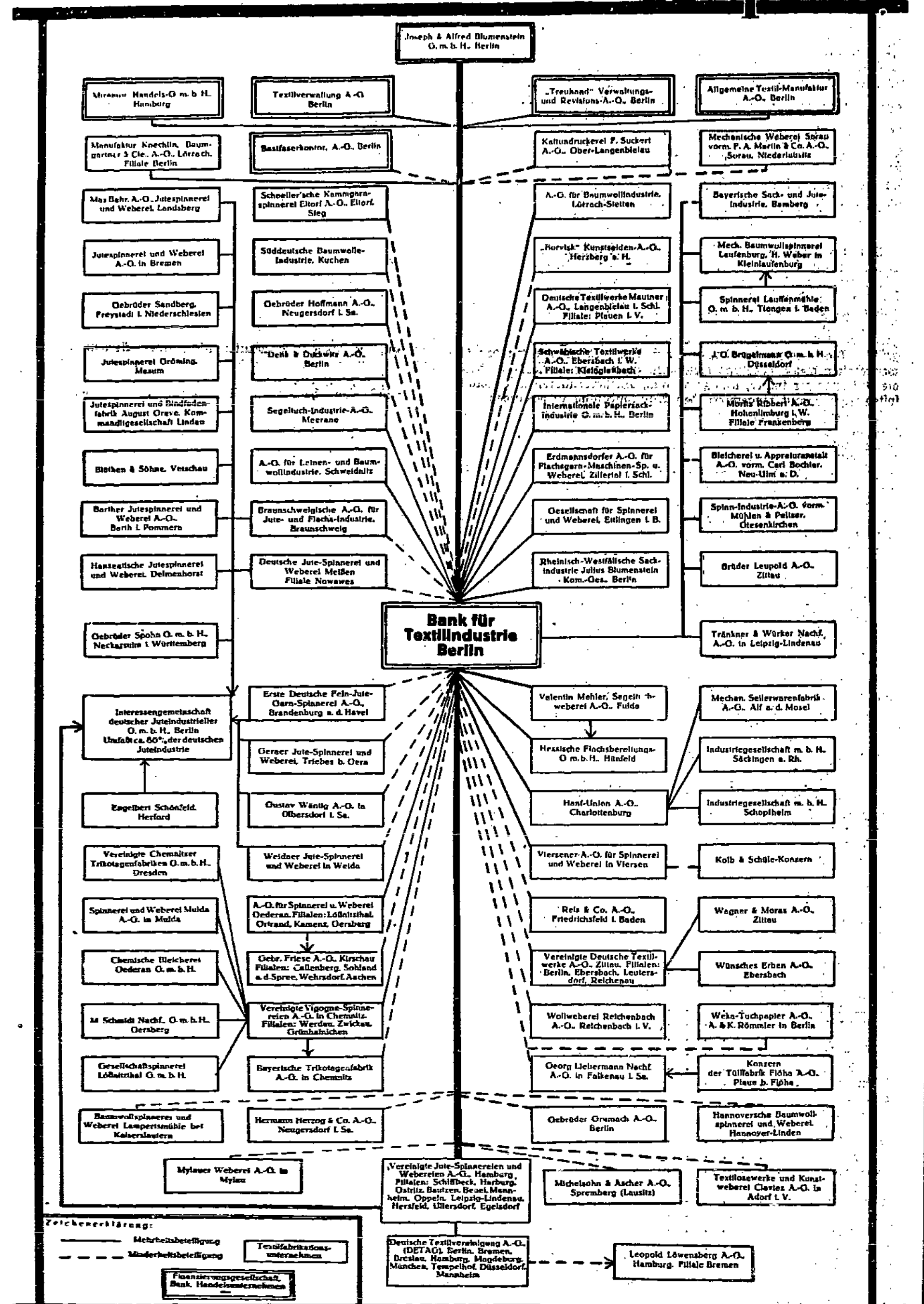
Der Hammerkn-Konzern hat eine andere Entwicklung genommen als der Blumenstein-Konzern. Während letzterer vom Handel aus organisiert worden ist (vgl. die vorige Nr. des „Textilarbeiters“), hat die Konzentration der Hammerkn-Gruppe ihren Ausgangspunkt in der Produktion. Aber sowohl bei Blumenstein als auch bei Hammerkn kann von einer straff durchgeführten Vertikalorganisation im strengen Sinne des Wortes, d. h. von einer Zusammenfassung sämtlicher Produktionsstadien vom Urprodukt bis zum Fertigfabrikat, noch nicht gesprochen werden, denn beide Konzerne besitzen keine eigene Rohstoffgewinnung. Ueberhaupt steht die Textilindustrie in dieser Beziehung im Vergleich zu verschiedenen anderen Industrien noch in den Kinderschuhen. Rohstoffgewinnung, d. h. hier der Beschaffung von Baumwolle, Juteseln, Schafwolle, Wäldern usw., ist in der Textilindustrie nur in der Kunstseidenindustrie und z. T. in der Wolllindustrie (Stöhrkonzern) zu finden. Abgesehen von diesem letzten Gliede der verschiedenen Produktionsstadien, dem Erwerb von Baumwollseiden und dem unmittelbaren Transport der Baumwolle zu den Spinnereien, ist der Hammerkn-Konzern aber immerhin als ein Gebilde mit vertikaler Konzentrationsform zu bezeichnen.

Das heutige Mutterunternehmen entstand durch die im Jahre 1900 erfolgte Umwandlung der Baumwollwebereien und Drudereien der Gebrüder Hammerkn in eine Aktiengesellschaft unter der Firma: „F. S. Hammerkn A. G. in Osnabrück“. Den ersten Schritt zu einem vertikalen Aufbau unternahm die Gesellschaft bereits im Jahre 1902 durch den Bau einer eigenen Spinnerei in Osnabrück. Die konsequenteste Ausdehnung erfolgte jedoch wie bei den meisten Industriegruppen erst in der Kriegs- und Nachkriegszeit. In dieser Periode erwarb das Osnabrücker Unternehmen teils freiwillig, teils

gemaltam zwecks Ausschaltung der Konkurrenz eine Reihe selbständiger Textilfirmen, von denen verschiedene mit der Stammfirma verschmolzen (fusioniert) wurden und dann als Zweigniederlassungen des Hauptunternehmens weiter existierten. So entstanden die Filialen Rheine, Rheint, Bocholt und Gröbba bei Riesa a. d. Elbe. 1920 ging die Hammerkn A. G. auch dazu über, sich ihre Betriebsmittel durch den Erwerb von Kohlengruben sicherzustellen. Die Zechen — Hammerkn I und Hammerkn II genannt — besitzen sich im Ibbendürer Kohlenrevier zwischen Osnabrück und Rheine. Außerdem beteiligte sich die Gesellschaft im Jahre 1923 mit 45 von 100 Aktien an der Steinkohlengewerkschaft „Concordia“, deren Förderstellen ebenfalls sehr günstig an der Landstraße Osnabrück-Rheine gelegen sind. Mit der wachsenden industriellen Vertiefung ging selbstständig Hand in Hand der finanzielle Zusammenbruch. Seit der Gründung hat sich das Aktienkapital verzehnfacht. 1900 betrug es 2500 000 Mark, gegenwärtig 25 100 000 Mark.

Da die Konzentration im Wege der Verschmelzung dem Mutterunternehmen in steuerlicher Hinsicht auf die Dauer zu kostspielig geworden wäre, gründete sie eine Kontrollgesellschaft. Es ist dies die im Jahre 1918 angegliederte Baumwollspinnerei Riesa, die seit 1922 „Deutsche Baumwoll-AG (Debag), Rütcheim-Ruhr“ firmiert. Das Stammkapital beträgt zurzeit 6 Millionen Mark, Wertpapiere und Beteiligungen belaufen sich auf 7 645 582 Mk. Die „effektivenkapitalistischen Beteiligungen“ der Debag sind also höher als das eigene Aktienkapital, eine Entwicklung, die wir schon bei den beiden Holdinggesellschaften des Blumenstein-Konzerns beobachten konnten. Es fallen darunter die Mehrheit des Aktienkapitals der Firmen Augsburg-Buntweberei vorm. G. A. Riedinger in Augsburg, Bongs Spinnerei und Webereien-AG in Odenkirchen, AG für Bleicherei, Färberei, Appretur und Druderei in Augsburg, Hauptkett Spinnerei und Weberei in Augsburg, Neue Augsburger Kattunfabrik-AG in Augsburg und Spinnerei und Weberei Kotteln in Kotteln bei Kempen sowie die Mehrheit des Aktienkapitals der

Textilarbeiter! So organisiert sich das Jute-Kapital!



Und was tust Du? —

Firmen Meyer Kaufmann Textilwerke-A.G. in Wülfersdorf und S. Esbach & Co. A.-G. in Herford. Außerdem sind in dem Verteilungsposten enthalten 30 Proz. des Aktienkapitals der Tilburgischen Katoenpinnerij in Tilburg (Holland).

Nachfolgende Tabelle zeigt, welche Gewinne der Hammerlen-Konzern im Jahre 1925 durch Organisation und Konzentration im Vergleich zum Jahre 1914, in welchem sämtliche Firmen noch getrennt marschierten, erreicht hat:

Table with columns: Firma, Reingewinn 1914, Reingewinn 1925, Dividende 1914, Dividende 1925. Includes firms like F. S. Hammerlen A.G., Deutsche Baumwoll-A.G., Mühlheim, etc.

*) Verlust. **) Durchschnittsdividende.

Das Stammkapital sämtlicher 10 deutschen Aktiengesellschaften betrug 1914 30 192 857 Mark und nach der Organisation im Jahre 1925 54 245 000 Mark. Es ist also um 79,6 Proz. gestiegen, während die Reingewinne sich in der gleichen Zeitspanne um 135,8 Proz. erhöhte.

Die Gewerkschaften im Jahre 1925.

Die Jahrbücher des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die seit dem Jahre 1923 in regelmäßiger Folge erscheinen, bieten ein anschauliches Bild der umfassenden Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften.

* FRAUENTEIL *

Warum fordern wir die Einführung des Achtstundentages durch Gesetz?

Weil die achttündige Arbeitszeit für das körperliche und geistige Wohlbefinden der Arbeiterin sowie für das Familienleben derselben von grundlegender Bedeutung ist. In der Erkenntnis dieser Tatsache haben auch die Textilarbeiter unausgesetzt für den Achtstundentag durch Beschluß der Volksbeauftragten allgemein eingeführt wurde.

Kolleginnen, rüffet zum ersten deutschen Textilarbeiterinnen-Kongress, der am 11. und 12. Oktober in Oera stattfindet.

Schließlich zum Schaden der Gesamtindustrie und der gesamten Volkswirtschaft auswirken muß. Besonders beachtlich ist, daß in der Textilindustrie zwei Drittel Frauen und Mädchen beschäftigt sind. Eine große Anzahl der Frauen haben neben ihrer Berufstätigkeit noch die Hauswirtschaft zu besorgen.

Welche Textilarbeiterin, die diesen kurzen Bericht liest, denkt nicht daran, welche Schädigung das Familienleben durch die lange Arbeitszeit erleidet? Hinzu kommt noch, daß ein großer Teil unserer Arbeiterinnen stundenweite Wege von und zu ihrer Arbeitsstätte zurücklegen haben.

tiefen Einblick in das Spiel der Kräfte, die auf die deutsche Wirtschaft und Sozialpolitik, auf die Gestaltung des Arbeitsrechts und Wirtschaftsrechts bestimmend einwirken.

Die Einleitung bildet ein Kapitel über die deutsche Wirtschaft, eine Darstellung der Ursachen, die zu der aruten Wirtschaftskrise führten, die im letzten Vierteljahr ihre Schatten über die deutsche Wirtschaft warf.

In drei Kapiteln werden die Entwicklung des Arbeitsmarktes und die aus der Krise sich ergebenden Probleme der Erwerbslosenunterstützung und der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit einer eingehenden Untersuchung unterzogen.

Die große Linie der Gewerkschaftspolitik wird mehr als je bestimmt von den Gewerkschaftsorganisationen der Gewerkschaften, den Spitzenorganisationen, die weit über den Kreis der Mitglieder hinaus die Gesamtarbeiterschaft Deutschlands vertreten.

Die Gesamtvertretung des Produktionsfaktors Arbeit tritt dem

möglichkeit gemacht. Die überlange Arbeitszeit im Betriebe reißt ihre Kräfte auf. Täglich sich wiederholende gleichmäßige Arbeitsverrichtungen zermürben schon an sich den Körper.

Welchen Schluß müssen die Arbeiterinnen aus solchen Betrachtungen ziehen? Zunächst müssen sie sich darüber völlig klar werden, daß ihre Gesundheit schädlich ausgebeutet wird.

Jede Kollegin, welche die ihr zugefügten Schäden erkennt, wird alle Kräfte, die ihr noch verbleiben, dafür einsetzen, die Organisation im Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit tatkräftig zu unterstützen.

Alle Arbeiterinnen müssen immer wieder und mit allem Nachdruck die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens verlangen.

Die Leipziger Textilarbeiterinnen machten auf Anregung der Kollegin Borggold am 7. und 8. August einen Ausflug in die Mittweidaer Schweiz, die Berle des Zschopauer Tales.

Fahrt der Leipziger Textilarbeiterinnen nach Mittweida am 7. und 8. August 1926.

Die Leipziger Textilarbeiterinnen machten auf Anregung der Kollegin Borggold am 7. und 8. August einen Ausflug in die Mittweidaer Schweiz, die Berle des Zschopauer Tales.

Kapital gegenüber und kämpft mit ihm um die Geltung ihrer Prinzipien in der Wirtschaft. Es ist charakteristisch für unsere Zeit, daß dieser Kampf vor dem Forum der Öffentlichkeit im Hin- und Werd von Denkschriften ausgefochten wird.

Die rationelle Organisation der Gesamtwirtschaft hat im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen die Zusammenfassung der Einzelwirtschaften, ihre Unterordnung unter einen Gemeinwillen zum Ziel.

Auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress und in den Monaten vorher stand das Organisationsproblem im Mittelpunkt der Erörterungen. In dem Kapitel „Organisationsfragen“ kommen die bedeutsamen Verhandlungen und die Lösung, die der Kongress befunden hat, ebenso zur Darstellung wie die Fortschritte, die auf dem Gebiet der organisatorischen Zusammenhänge erzielt worden sind.

Die großen ständigen Kapitel, in denen die Entwicklung der Tariflöse, die Lohnbewegungen, die Mitgliederbewegung zur statistischen Darstellung gelangt, sind als unentbehrliche Informationsquelle anerkannt. Es genügt, auf sie hinzuweisen. Dagegen muß als ganz besonders interessanter Abschnitt des neuen Jahrbuches „Eine Statistik über den wirklichen Arbeitsverdienst“ hervorgehoben werden.

Den Schluß des Buches bilden einige knapp gehaltene Ausführungen über die „Delegation nach den Vereinigten Staaten“ und ein inhaltsreicher Abschnitt über die „Internationale Gewerkschaftsbewegung“.

So ist das neue Jahrbuch auch diesmal wieder ein instruktiver und vielseitig angelegter Beitrag zur Zeitgeschichte, wohlgeeignet, Verständnis für die bewegenden sozial- und wirtschaftspolitischen Probleme in weitesten Kreisen zu wecken.

Jahrbuch 1925 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin 1926. Verlagsgesellschaft des ADGB, G. m. b. H., Berlin S. 14, Inselstraße 6 Preis: broschiert 5 Mk., gebunden 5,80 Mk.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat August 1926.

Stichtag für die Arbeitslosenzählung: 23. August. Stichtag für die Kurzarbeiterzählung: 23. bis 28. August. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet hat nach dem Ergebnis unserer Erhebung erfreulicherweise auch im Monat August einen weiteren Rückgang erfahren.

Nach unserer Erhebung waren von den berichtenden Mitgliedern im Juni 1926 54 786 = 19,4 Kurzarbeiter und 184 222 = 65,8 Arbeitslose. Im Juli 1926 51 910 = 18,4 Kurzarbeiter und 168 491 = 59,8 Arbeitslose. Im August 1926 46 438 = 16,5 Kurzarbeiter und 150 641 = 53,4 Arbeitslose.

Table with columns: Es arbeiteten wöchentlich beschäftigt, männl., weibl., zusammen, In Proz. der erfassten Mitglieder. Rows for 1-8 Stunden, 9-16, 17-24, 25 u. mehr.

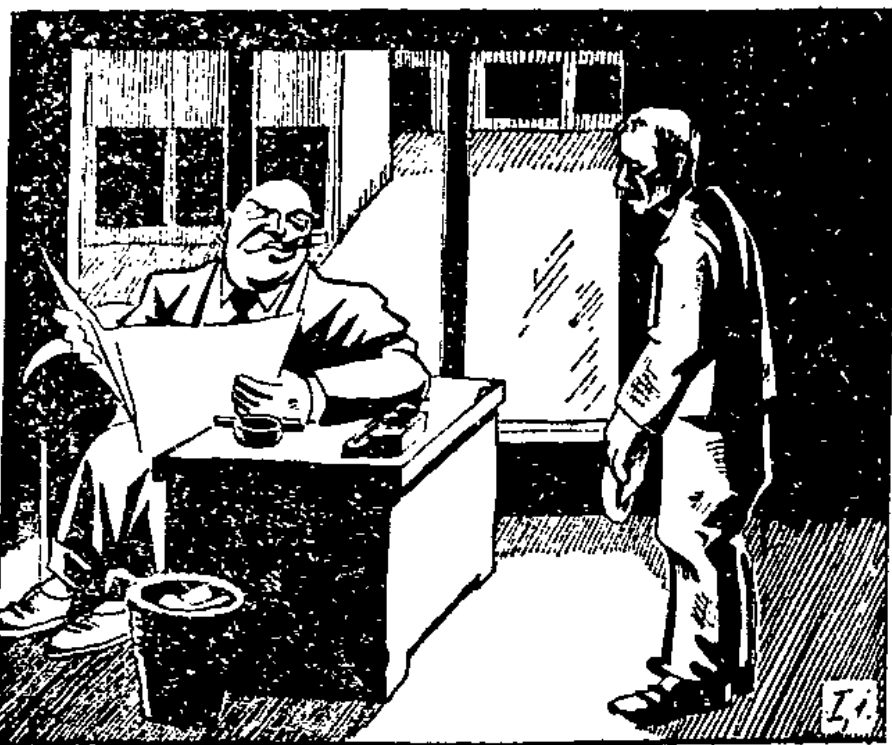
Neben den Geschäftszahlen in den einzelnen Industriezweigen der Textilindustrie gibt folgende Tabelle einen Überblick über den Verlauf der Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Juli.

Table with columns: Industriezweig, Arbeitslose, Kurzarbeiter, Beschäftigte. Rows for Seide und Kunstseide, Wolle, Baumwolle, etc.

Inhalt: Zollmauern, die Heißel Europas. — Die Gewerkschaften und die Dresdener Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. — Die Organisation des Textilkapitals. — Die Gewerkschaften im Jahre 1926. — Frauenanteil. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat August 1926. — Die Diktatur des Verbandes Süddeutscher Textilarbeitgeber. — Aus der Gewerkschaftsbewegung. — Die Einigkeit der Arbeiterschaft trägt den Sieg davon. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Verächtigung. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Anzeigen.

In der eingetretenen Besserung haben demnach auch in diesem Berichtsmonat fast alle Zweige der Textilindustrie Anteil. Besonders beachtenswert ist die eingetretene Besserung in der Seilererei, wo die Prozentzahl der Vollarbeiter von 20,2 im Juli auf 72,8 im August stieg. Auch die vor schlecht beschäftigt ist die Gruppe Gardinen, Spitzen, Tüll usw. und die Baumwollbranche.

Bei der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Branchen ein verschiedener, so ist auch — je nachdem eine Branche vorherrschend ist — das Prozentverhältnis der Arbeitslosen- und Kurzarbeiter zu den Mitgliederbestand in den einzelnen Gauen unseres Verbandes verschieden. Folgende Tabelle veranschaulicht den Umfang der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit in den einzelnen Gauen.



Allein bist du nichts...

Es waren vom Hundert der Berichtenden Mitglieder

im Gau	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Zusammen	
	im Juli	im Aug.	im Juli	im Aug.	im Juli	im Aug.
Hannover	16,9	15,9	30,5	26,6	47,4	42,5
Kassel	22,6	21,1	34,9	37,2	57,5	58,3
Wormen	22,2	20,6	41,9	33,6	64,1	54,2
Stuttgart	21,8	18,5	55,8	41,7	77,6	60,1
Augsburg	21,6	19,8	62,2	51,3	83,8	71,1
Gera	10,5	9,6	12,3	10,5	22,8	20,2
Dresden	16,2	14,3	40,3	39,7	56,5	54,0
Liegnitz	22,6	20,4	51,0	43,8	73,6	64,2
Berlin	16,1	13,4	27,3	24,5	43,4	37,8
Verband insges.	18,4	16,5	41,4	36,9	59,5	53,4

Auch in diesen Zahlen kommt die Allgemeinbesserung deutlich zum Ausdruck. Alle Gauen, außer Kassel, wo ein Rückgang der Arbeitslosenziffer von 1,5 Proz. eine Zunahme der Kurzarbeit von 3,3 Proz. gegenübersteht, weisen eine aufsteigende Linie auf. Sehr schlecht beschäftigt ist aber neben den süddeutschen Gauen Augsburg (Bavarn) und Stuttgart (Württemberg und Baden) immer noch der Gau Liegnitz (Schlesien). Verhältnismäßig am besten beschäftigt sind die Gauen Gera (Thüringen) und Berlin (Provinz Brandenburg).

Die Berichterstattung erfasste 97,9 Proz. der Gesamtmitglieder und ist somit als gut zu bezeichnen. Unseres Erachtens sollte es aber auch den wenigen jäumigen Ortsgruppen, die entweder die Karten überhaupt nicht oder zu spät einfinden, möglich sein, regelmäßig zu berichten. Hoffen wir, daß dieses in Zukunft geschieht. Je besser die Berichterstattung, je deutlicher der Ueberblick über den Stand des Beschäftigungsgrades.

Die Diktatur des Verbandes Süddeutscher Textilarbeitgeber.

Der Verband Süddeutscher Textilarbeitgeber schreibt uns: In Nr. 37 des „Textilarbeiters“ vom 10. September 1926 nimmt ein unter vorstehender Redaktionschrift erscheinender Artikel seinen Ausgang von einer Meldung der „Textilzeitung“, wonach angeblich zufolge eines Berichtes der Handelskammer Schopfheim eine Weberei im Wiesental, welcher auch noch eine Spinnerei angehängt sei, vom Arbeitgeberverband mit einer Strafe von 20 000 M. belegt worden sei, weil sie entgegen dem Abkommen in einer Zeit, zu der die Webereien alle Kurzarbeit hatten, weiter voll arbeiten ließ. Der bezeichnete Artikel hält es damit für „unmüßig festgestellt“, daß der Verband Süddeutscher Textilarbeitgeber seinen Mitgliedern die Pflicht auferlegt habe, und zwar unter Androhung von hohen Strafen, Kurzarbeit einzuführen und auch dann, wenn Aufträge zur Arbeit genügend vorlagen.

Die Meldung in der „Textilzeitung“ und damit auch in Nr. 37 des „Textilarbeiters“ entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage, sie ist vielmehr in allen Punkten aus der Luft gegriffen. Ebenso unrichtig sind daher die aus ihr gezogenen Schlussfolgerungen. Insbesondere besteht innerhalb des Verbandes Süddeutscher Textilarbeitgeber weder für alle noch einen Teil der Mitglieder die Verpflichtung zur Einführung von Kurzarbeit. Die Arbeitszeit wird in den einzelnen Verbandsfirmen selbständig nach Maßgabe der dort vorliegenden Aufträge geregelt.

Eine entsprechende Verächtigung der „Textilzeitung“ ist bereits in deren Nr. 294 vom 2. September 1926 erschienen.

Wir haben die Notiz einer in Berlin erscheinenden bürgerlichen Zeitung entnommen. In der Textilzeitung hatten wir den Bericht, wie auch die Verächtigung übersehen.

Wir bedauern lebhaft, daß wir den Bericht zum Abdruck gebracht haben.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Hermann Holtenbaur zum 75. Geburtstag.

Hermann Holtenbaur ist am 11. September 75 Jahre alt geworden. Sein langes Leben im Dienste der Arbeiterbewegung; unermüdet hat er sich um den Aufbau der Gewerkschaften bemüht. Von Beginn an hat er an der Spitze der Gewerkschaften in der Bewegung nicht nur bis zum Reichstagswahlkampf im Jahre 1918, an dem er als Delegierter einer Ortsgruppe des Verbands der Allgemeinen Arbeitervereine teilnahm. Vorübergehend weilte er in Amerika, um später auf verschiedenen Posten — als Redakteur, Korrespondent und Mitglied des Parteivorstandes — immer mit gleichem Eifer zu sein. Wir gedenken seiner besonders deshalb, weil er im jüngeren Kreise der Parteiführer der erste war, der die

Die Einigkeit der Arbeiterschaft trägt den Sieg davon.

Vor kurzem versuchte ein Unternehmer in Gera den Attord-Lohn der Arbeiterinnen herabzudrücken. Er gab einfach durch Anschlag bekannt, daß im Attord nicht mehr 48 Pf. plus 15 Proz. wie bisher gezahlt werden, sondern daß die Arbeiterinnen ab 3. September nur noch den tarifmäßigen Stundenlohn von 48 1/2 Pf. erhalten. Dem wurde noch hinzugefügt: „Wer nicht damit einverstanden sei, habe sich als entlassen zu betrachten.“ Diese letzte Weisheit war wahrscheinlich auf Anraten des Arbeitgeberverbandes für Gera und Umgebung hinzugefügt worden. Die Firma glaubte, es würden nur einzelne, wenige Arbeiterinnen sich als entlassen betrachten. Es kamen 88 in Betracht, die alle seit Jahren dem Deutschen Textilarbeiterverband als Mitglieder angehören. Diese Arbeiterinnen fühlten sich mit Arbeitsbeschluß am 2. September entlassen und versammelten sich am 3. September früh 7 Uhr in einem in der Nähe gelegenen Lokal. Die Verhandlung war auch alsbald zur Stelle und es wurde gerade ein Bericht von dem Streik bei der Teppichfabrik Bouch gegeben, da kam ein Mitglied des Betriebsrates und berichtete mündlich und schriftlich, die Firma ziehe den Anschlag zurück und die 88 Arbeiterinnen sollen sobald wie möglich wieder an ihre Arbeitsplätze kommen. Durch die Einigkeit der Arbeiterinnen wurde die Lohnkürzung abgesehen. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden. Würden die Arbeiterinnen und Arbeiter überall so einig und geschlossen zusammenhalten wie in dem Betrieb in Gera, dann würden bald die Unternehmer von ihren alten Praktiken, die Löhne der Arbeiter zu kürzen, abkommen und der Arbeiterschaft einen ausreichenden Lohn gemähren.

hohe Bedeutung der Sozialreform erkannte, der sich als Abgeordneter um ihre Begründung und ihren Fortschritt in Deutschland bemühte und sich auch in der Arbeiterbewegung selbst für die Anerkennung ihrer Bedeutung einsetzte. Die Gewerkschaften haben dieses Verdienst sowie seine Sachkenntnis gewürdigt, indem sie ihm auf dem letzten Gewerkschaftskongress zu Hamburg im Jahre 1908 das Referat über die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland anvertrauten. Wir nehmen seinen 75. Geburtstag gern zum Anlaß, um daran zu erinnern, und entbieten dem alten Kämpfer unseren Gruß und Glückwunsch.

Berichte aus Fachkreisen.

Gelenau. (Unternehmerpraktiken.) In der hiesigen Baumwollspinnerei haben sich, seitdem Herr Direktor Sittig das Zepter schwingt, Zustände herausgebildet, die zu öffentlicher Kritik herausfordern. Herr Sittig führt sich allgewaltig und glaubt infolgedessen, die Rechte der Betriebsvertretung der Arbeiterschaft sowie auch die Rechte der Arbeiterschaft nicht respektieren zu müssen. In diesem Zustand mag wohl die Arbeiterschaft ein gut Teil Schuld tragen, weil sie schlecht organisiert ist und ihr es infolgedessen an Kraft fehlt, sich dem herausfordernden Benehmen dieses Unternehmers entgegen zu widerlegen. Hier nur ein Fall. Am Donnerstag, dem 9. d. M., blieb der Betrieb infolge Heißlaufens eines Lagers vormittags 10 Uhr stehen. Die Arbeiterschaft wurde um 11 Uhr vormittags nach Hause geschickt und um 2 Uhr nachmittags wieder bestellt. Trotzdem der Firma bekannt sein dürfte, daß die Ausfallzeit bezahlt werden muß, lehnt sie dies ab. Dafür verlangt sie aber, daß die Belegschaft nicht nur für die zwei Stunden, wo sie von der Firma nach Hause geschickt wurde, sondern auch für die Zeit, wo sie im Auftrage der Firma im Betriebe warten mußte, die Zeit herausarbeiten. Um die Meinung der Belegschaft über das Annehmen der Firma feststellen zu können, wollte der Betriebsratsvorsitzende eine Betriebsversammlung einberufen. Der Direktor Sittig verbietet aber die Abhaltung einer Betriebsversammlung, und in richtiger Arbeitermannerweise befiehlt er: „Die verlorene Arbeitszeit wird herausgearbeitet, und wenn sie (die Belegschaft) nicht will, dann wissen sie, wer nicht mitmacht, steigt auf die Straße.“ Gebrüllt hat er dabei, als wäre der Betriebsrat mit dem Belegschaft von Laubheit besessen. Herr Sittig scheint nicht zu wissen, daß er mit einer derartigen Handlungsweise gegen den § 46 des Betriebsrätegesetzes verstößt, wonach der Betriebsrat allein, also ohne die Firma überhaupt zu fragen, Betriebsversammlungen einberufen kann. Ein wenig mehr Sachkenntnis hätten wir diesem Herrn Direktor schon zugestanden. Was gilt aber diesem Manne Gesetz und Recht, er sucht den Unternehmerprofit zu steigern, und zur Erreichung dieses Zieles ist ihm jedes Mittel recht. Vor kurzem erklärte dieser Herr Sittig, er bedauere, daß sein Betrieb noch nicht kurz gearbeitet habe. Wir sind Herrn Sittig für die Offenheit sehr dankbar, damit hat er bestätigt, daß die Kurzarbeit als geeignetes Mittel zur Niederrückung der Arbeiterschaft von seiten der Unternehmer benutzt wird. Wir entfallen uns noch, als vor einiger Zeit eine Massenflucht aus diesem Betrieb einsetzte, wurde der Betriebsrat beauftragt, diesem Uebel einen Riegel vorzuschieben. Wir können aber der Firma schon heute sagen, wenn sie so fort fährt in der Behandlung der Belegschaft, wird jeder Arbeiter die erste beste Gelegenheit benutzen, sich eine bessere Arbeitsstätte zu suchen. Ohne den Betriebsrat irgendwie in Kenntnis zu setzen, sind auch in letzter Zeit Lohnabzüge vorgenommen worden, und zwar in recht eigenartiger Weise.

Arbeitskollegen und -kolleginnen! Ihr seht, das Unternehmertum ist rücksichtslos, wenn es gilt, euch niederzuhalten, wenn es gilt, eure Rechte mit Füßen zu treten. Der Arbeitgeberverband ist dabei die beste Stütze für dieses reaktionäre Vorgehen. Wollt ihr, daß diese Zustände sich nicht noch verschlimmern, sondern beseitigt werden, dann gibt es nur ein Mittel: Trete ein in eure Berufsorganisation, in den Deutschen Textilarbeiterverband!

Jahnsdorf. Am Sonntag, den 22. August 1926, weihte die hiesige Textilarbeiterjugend sein Wimpel mit der Aufschrift Jugendgruppe des Textilarbeiterverbandes. Filiale Jahnsdorf-Neutirchen, auf dem Greifenstein bei Ehrenfriedersdorf. Egon frühzeitig, trotz ungünstigen Wetters, machte sich ein reges Treiben unter den Jugendlichen bemerkbar; zu Fuß von allen Orten des Bezirks kamen die Jungen und die Mädchen, um gemeinsam nach den Greifensteinen zu wandern, herbei. Eine große Teilnehmerzahl war gekommen, die den Weisheit würdig vollzog. Die Weisheitsrede hielt der Jugendkollege Max Benedix aus Neutirchen, ihm folgten Rezitationen und ein Schlusswort des Kollegen Lämmel. Aus allen diesen Darbietungen sprach die Notwendigkeit der Einheit und Geschlossenheit heraus, wie die Jugend, neues Leben sei und seine, so soll auch unter dem Symbol des Wimpels der Sinn zur Einheit und Geschlossenheit neu verankert werden. Mit dem Lied der „Internationalen“, und wenn wir kämpfen seit an Seit, und die alten Lieder wieder klingen, fand die würdige Feier seinen Abschluß. Nach längeren frohen Stunden trat man den Weg zu Fuß über Ehrenfriedersdorf, Thum, Gelenau, Burthardsdorf nach den Heimorten gemeinsam unter entzücktem Symbol der Textilarbeiterjugend den Heimweg an. Mag dem Deutschen Textilarbeiterverband unter diesem Symbol manche neue Kämpfer und Streiter zugeführt werden können.

Literatur.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart. 8. Jahrgang 1926, Heft 9, 84 Seiten. Preis 1 M. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Unter den Wissenschaften, die in den letzten Jahrzehnten neu entstanden sind, kann die Arbeitswissenschaft auf das besondere Interesse der Gewerkschaften rechnen. „Die Arbeit“ hat seit Beginn ihres Erscheinens besonderen Wert darauf gelegt, ihre Leser mit den Methoden dieses Wissenschaftszweiges wie mit den neuen Ergebnissen der fortwährenden Fortschritte vertraut zu machen. Im neuen Heft bringt die Zeitschrift einen Aufsatz über „Aufgaben und Ziele der Arbeitswissenschaft“, in dem der Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitswissenschaft, Professor Dr. Edgar Adler, gegenüber den vorwiegend einschümeinen Tadeln der „ohne jede genaue Kenntnis des menschlichen Organismus Maximalleistungen zu erzielen“ die Forderung verteidigt, daß „der Arbeitsvorgang so gestaltet werden muß, daß er der Eigenart des menschlichen Motors angepasst ist“.

Die Nationalisierung des Arbeitsvorganges selbst ist nur eine Teilaufgabe in dem großen Gebiet der Nationalisierung der Wirtschaft, die heute in einer Reihe von Gewerkschaften in Angriff genommen worden ist. Aber die Nationalisierung verfolgt ihren Sinn, wenn sie nicht Gesetzgebungen auf dem Arbeitsmarkt zur Folge hat. In einem sehr instruktiven Artikel „Nationalisierung und Arbeitsmarkt“ beschäftigt sich Friedrich Dill mit der Frage, wie die bisher durchgeführte Nationalisierung auf dem Arbeitsmarkt gewirkt hat.

Gelsenbach, Joh., Fünfundzwanzig Jahre Internationale Gewerkschaftsbewegung. Amsterdam 1926, 144 Seiten. Preis 1,50 M. Verlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, Textilarbeiter Nr. 8. Zu beziehen durch die Verlagsgesellschaft des IGB, Berlin G 14, Poststr. 6. Diese Gelegenheit der Feier des 25jährigen Bestehens der internationalen



Verzinkt — eine Macht!

Gewerkschaftsbewegung im Auftrage des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam herausgegebene Schrift schildert nach einer kurzen Einleitung und einer ebenfalls kurzen Darstellung der ersten Versuche eines internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeitens die Entwicklung der gewerkschaftlichen Internationalen von ihrer Begründung im Jahre 1901 bis zum Jahre 1926. Es waren zuerst nur losende Schritte, doch war bis zum Ausbruch des Krieges schon eine ziemlich weitgehende Uebereinstimmung erzielt. Der Krieg brachte zwar eine Erschütterung des Zusammenarbeitens, aber keinen Zusammenbruch. Schon in der ersten Kriegszeit fand wieder eine Aenderung statt, die schon anfangs 1919 zu einer gemeinsamen Konferenz und Mitte desselben Jahres zu dem Internationalen Gewerkschaftskongress in Amsterdam führte, der den internationalen Zusammenhalt in verstärkter Form feststellte. Dem Buche ist ein Bild des ersten internationalen Sekretärs Regien beigelegt.

Druckfehlerberichtigung. Im „Textilarbeiter“ Nr. 38, Seite 169 auf der dritten Spalte im Artikel „Die Textilarbeiterinnen und der Deutsche Textilarbeiterverband“ muß es im zweiten Absatz bei den Forderungen an Stelle „Regelung der Arbeitskraft“ heißen: „Regelung der Arbeitszeit“.

Briefkasten. Großenhain. Es ist richtig, mit Nr. 38 ist auch der 38. Beitrag fällig. Bei Zurückschlagen wird man finden, daß die Zahl 86 in zwei Nummern des „Textilarbeiters“ stehengeblieben ist. Die Redaktion.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 26. Sept., ist der Beitrag für die 39. Woche fällig

- Verlorene Mitgliedsbücher.** Gau Dresden. Großenhain. V: Walter Fritzsche, Dresdener Straße 6. Jschopau. V: Paul Wagner, Wiesenstr. 26. Alle Sendungen an den Geschäftsführer Wolfram.
- Totenliste.** Gestorbene Mitglieder. Gau Barnten. Coesfeld. K: Joseph Kösmann, Am roten Baum 10. Gau Stuttgart. Bönnigheim ist eingegangen.

Bücher für den Lernenden und Fachmann:

- Trifotagen und verwandte Maschinengebilde,** mit 90 Abbildungen. Von Fachlehrer Carl Aberle. . . Preis 3,— M.
- Lehrbuch der Maschinenschrägen.** Genaue Anweisung zur Herstellung von gestrichelten Sachen für Kinder, Damen und Herren und allgemeinen Gebrauchsgegenständen. Anleitung für alle Strickarten. 7 Stricktafeln für Strümpfe, Socken, Handschuhe und zahlreiche Strickmuster. Preis 3,— M.
- Lehrbuch auf der Raschelmaschine.** Von Friedrich Dietrich. Ein Hilfsbuch zur Einführung in die praktische Behandlung der Raschelmaschine und ihre Erzeugnisse, mit Abbildungen. . . Preis 3,— M.
- Lehrbuch für Anfänger auf der Raschelmaschine.** Von Karl Kunze und Dr.-Ing. C. Knobloch. Mit vielen Abbildungen. . . Preis 2,50 M.
- Der Maschenstrick (franz.) Rundstrick.** Von Ernst Spittler. Ein Handbüchlein zur praktischen Behandlung des Rundstricks. Mit Abbildungen. . . Preis 1,— M.
- Lehrbuch der Flachstricker.** Von Otto Huber. Für selbständige Stricker und Strickerinnen der Heimindustrie. Anleitung zur Berechnung von Strickwaren, Maßtafeln und Strickrezepte. . . Preis 1,50 M.

Zu beziehen bei portofreier Lieferung durch **Textil-Praxis, Verlagsgesellschaft m. b. H.** Abteilung: Buchhandlung Berlin O 34, Memeler Str. 8/9

Berlin: Carl Hübsch in Berlin, Memeler Str. 8/9 — Verantwortlicher Redakteur Hugo Dreier in Berlin. — Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.